

Anfrage

des Abgeordneten Dr. Mateo Delgado und der Fraktion Bündnis
Demokratie Europa

Deutsch-amerikanische Verständigung im Handelsstreit

Die Bundesregierung hat am 4. Oktober 2026 via Pressemitteilung mitgeteilt, sich mit der Regierung der Vereinigten Staaten (Unites States (Eigenschreibweise)) auf eine Beilegung bestehender handelspolitischer Streitfragen verständigt. Danach will die amerikanische Seite eine sog. Section-301-Untersuchung einstellen und die damit verbundenen Forderungen gegenüber Deutschland und der Europäischen Union fallen lassen. Dabei sollen schrittweise 60 Millionen Barrel Öl innerhalb von vier Monaten freigegeben werden. Die Bundesregierung bezeichnete die Verständigung als wichtigen Schritt zur Schaffung verlässlicher Bedingungen für die deutsche Wirtschaft.

Wir fragen vor diesem Hintergrund die Bundesregierung:

1. Wann und durch wen wurden die Verhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten über die Beilegung der handelspolitischen Streitfragen aufgenommen?
 - a. Wenn das Auswärtige Amt die Gespräche geführt hat: Welche Erwägungen haben dafür gesprochen, die Kommunikation über das Bundeskanzleramt abzuwickeln?
 - b. Wenn das Bundeskanzleramt die Gespräche geführt hat: War das Auswärtige Amt an den Gesprächen beteiligt?
2. War die amerikanische oder die europäische Seite Initiator der Schlichtungsgespräche und welche Rolle spielte Deutschland dabei?

3. Wieso wurde der Deutsche Bundestag nicht über die wesentlichen Inhalte der Verhandlungen angemessen unterrichtet?
4. Welche konkreten Vereinbarungen oder politischen Zusagen enthält die Verständigung mit den Vereinigten Staaten, und welche davon sind nach Auffassung der Bundesregierung rechtlich verbindlich?
5. Welche rechtlichen / politischen Verpflichtungen ergeben sich aus der Verständigung für Deutschland und inwieweit bedürfen einzelne Bestandteile nach Auffassung der Bundesregierung der Zustimmung des Deutschen Bundestages?
6. Welche Rolle spielte die Europäische Kommission bei den Verhandlungen?
7. Wenn welche bestanden, welche konkreten deutschen oder europäischen Regelungen waren Gegenstand der amerikanischen Section-301-Untersuchung, und welche Forderungen der Vereinigten Staaten wurden durch die nunmehr erzielte Verständigung endgültig fallen gelassen?
8. Welche Zusicherungen hat die Bundesregierung im Gegenzug zur Einstellung der Section-301-Untersuchung abgegeben?
9. Nach welchen Erwägungen wurde der Umfang von 60 Millionen Barrel Öl festgelegt und welche Verpflichtungen ergeben sich daraus für Deutschland?
10. Welchen Anteil der insgesamt 60 Millionen Barrel Öl soll Deutschland bereitstellen?
11. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung von der vereinbarten Freigabe auf die deutsche Energieversorgung und die Energiepreise?
12. Welche Aufgaben / Befugnisse soll die angekündigte Anlaufstelle für US-Investoren erhalten, und welche Behörde soll diese Aufgabe übernehmen?
13. Welche Kosten entstehen durch die Einrichtung und den laufenden Betrieb der deutsch-amerikanischen Raumfahrtforums und was erhofft man sich davon?
14. Welche weiteren Vereinbarungen oder politischen Verständigungen wurden im Zusammenhang mit der deutsch-amerikanischen

Einigung getroffen, die bislang nicht in der öffentlichen Mitteilung der Bundesregierung vom 4. Oktober 2026 genannt wurden?

Berlin, den 5. Oktober 2026

Delgado und Fraktion